



Vorlage Nr. 101.16.238

Kassel, 24.01.2007

Vereinbarung für die erweiterte Zusammenarbeit von Grundschulen und Kindertagesstätten

Geänderter Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, unter Einbeziehung des Staatlichen Schulamts für die 26 Grundschulen der Stadt **Vereinbarungen** zur Erweiterung der Zusammenarbeit von Kindertagesstätten und Schulen anzuregen, auszuhandeln.

Die **Vereinbarungen** sollen zwischen den jeweiligen Grundschulen, den zu den Grundschulbezirken gehörenden Kindertagesstätten, dem Jugendamt, dem Staatlichen Schulamt und dem Schulverwaltungsamt vereinbart werden, um:

- Die Erkenntnisse aus dem Prozess zur Erarbeitung des Hessischen Bildungs- und Erziehungsplans schnell umzusetzen und die Teile, über die bereits jetzt Einvernehmen besteht, flächendeckend umzusetzen. Dies gilt vordringlich für die Übergangsphase vom Kindergarten in die Grundschule.
- Durch die Einrichtung von Runden Tischen unter Beteiligung der jeweiligen Elternbeiräte die Kommunikation und den sachlich notwendigen Informationsaustausch zwischen allen Beteiligten zu verbessern.
- Durch ein innovationsfreudiges Klima neue Formen Hospitationen, Patenschaften, Kennenlertage, Förderkurse, Beratungsangebote, gemeinsame Feste u. ä. ermöglichen.
- In einem sozialräumlichen orientiertem Gesamtkonzept Ressourcen besser zu nutzen und neue Ressourcen für die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe zu erschließen.

Das Jugendamt soll diesen Prozess, die Zusammenarbeit von Grundschulen und den Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe zu verbessern zusammen mit dem

Staatlichen Schulamt und dem Schulverwaltungsamt begleiten und nach einer Probephase von zwei Jahren über die die Erfahrungen berichten.

Begründung:

In den letzten Jahren ist durch eine Reihe von nationalen und internationalen Untersuchungen die Bedeutung frühkindlicher Bildung für das spätere Lernverhalten von Kindern zu einem Gegenstand hohen gesellschaftlichen Interesses geworden. Das gilt in gleicher Weise, wenn es darum geht, den steigenden Anforderungen später im Beruf sozial und intellektuell gerecht zu werden .

Die erforderlichen Weichenstellungen erfolgen nicht nur durch die politischen Entscheidungen auf Landes- und Bundesebene, sondern unterliegen auch örtlichen Bedingungen.

Die SPD bekennt sich ausdrücklich zu einer lokalen Bildungsverantwortung und wird dieses Kernanliegen für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt immer wieder auf die Tagesordnung setzen.

Anknüpfend an den Erfahrungen mit der Entwicklung und Umsetzung des grundschulbezirksbezogenen Konzepts der Betreuten Grundschule (BG) wollen wir einen weiteren Schritt in dieser Form lokaler Bildungspolitik gehen.

Keine der gesellschaftlichen Institutionen ist in der Lage, die anstehenden Fragen und Probleme allein zu lösen, Deshalb brauchen wir lokale Bündnisse und Netzwerke, die im Sinne der notwendigen frühen Förderung von Kindern und der Weiterentwicklung der Systeme besser zusammenarbeiten.

Die Übergangsphase vom Kindergarten in die Grundschule ist ein geeignetes Feld für solche Formen sozialräumlich organisierter erweiterter Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe.

Da, wo es Formen und Wege der geglückten Zusammenarbeit von Grundschulen und Kindertagesstätten in Kassel gibt, basiert sie in der Regel auf einem persönlichen Engagement der handelnden Akteure vor Ort. Wir wollen mit unserem Vorstoß die Basis für mehr geglückte Zusammenarbeit vor Ort anregen.

Die Umsetzung unseres Antrags kann im Rahmen der vorhandenen Mittel kostenneutral erfolgen.

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Bergmann

gez. Uwe Frankenberger, MdL
Fraktionsvorsitzender